

Von: arnd_rueter [arnd_rueter@web.de]

Gesendet: Fr 01.02.2019 10:53

An: 'kristiana.ludwig@sueddeutsche.de'; 'henrike.rossbach@sueddeutsche.de'

Cc:

Bcc: 'Rudolf Mühlbauer'

Betreff: SZ 30.01.2019 "Doppelt teuer" SZ 31.01.2019 "Bundesregierung will Betriebsrentner entlasten"

Nachricht | 20190131 SZ (Papier)_Doppelt teuer_20190131 SZ (Digital) Bundesregierung will Betriebsrentner entlasten.pdf

Betrifft: Entschiedener Protest gegen Ihre Veröffentlichung „Doppelt teuer“ bzw. „Bundesregierung will Betriebsrentner entlasten“

„Einen guten Journalisten erkennt man daran, dass er sich nicht gemein macht mit einer Sache, auch nicht mit einer guten Sache; dass er überall dabei ist, aber nirgendwo dazugehört.“

Charles Wheeler - Hanns Joachim Friedrichs (1994)

„Ich denke, wir müssen uns gemein machen mit einer Sache. Und zwar mit einer guten. Unserer Verfassung. Wir, die Presse, die öffentlich-rechtlichen Sender im Besonderen, haben einen Auftrag bekommen von den Alliierten nach dem Krieg: Teilhabe an der freien demokratischen Meinungsbildung zu gewährleisten. Mündige Bürger, Deutschland zu einem demokratischen Land zu machen und diese Demokratie zu bewahren. Wo politische Gruppierungen mit Kampagnen, verbalen Entgleisungen und bewussten Grenzüberschreitungen versuchen, unser Grundgesetz anzugreifen. Wo auch Vertreter etablierter Parteien mal einfach so Artikel des Grundgesetzes in Frage stellen oder so tun, als würden sie sie in Frage stellen, weil sie glauben, damit verlorene Wähler zurückgewinnen zu können – da müssen wir uns mit dem Kampf für das Grundgesetz und die Menschenwürde gemein machen.“

Anja Rescke,
Friedrichs-Preisträgerin 2018
„Wie müssen uns gemein machen mit unserer Verfassung“

Sehr geehrte Frauen Kristiana Ludwig und Henrike Rossbach,

ich reagiere **mit Entsetzen** auf Ihren Beitrag in der Süddeutschen Zeitung (Digital-Ausgabe) vom 30.01. bzw. (Print-Ausgabe) vom 31.01.2019. In beigefügtem Dokument habe ich in Ihrem Text alle Halbsätze/Sätze rot markiert, die nachweisbar falsche Aussagen enthalten. Angesichts dessen ist das Schreiben eines Leserbriefes mit Korrektur inkl. Begründung der Einzelaussagen schlicht und ergreifend sinnlos, denn er würde bei der erforderlichen Länge ohnehin nicht veröffentlicht werden, wahrscheinlich würden Sie ihn nicht einmal zu Gesicht bekommen.

Haben Sie nicht das Gefühl, dass es nicht Ihre Aufgabe sein kann die Lügen der Politiker unters Volk zu bringen? Das Wort „Lügen“ ist nicht mal einfach „flapsig beleidigend hingeworfen“, sondern es ist im streng rechtlichen Sinn gemeint: Die Politiker, von denen Sie diese Informationen haben, wissen alle sehr genau, dass sie da **bewusst unwahre Behauptungen** von sich gegeben haben.

Ich sende Ihnen parallel zwei Emails inkl. der notwendigen Anlagen

- „Die GMG-Gesetzgebung eine Serie von Verfassungsbrüchen“
- „Die mit dem GMG einhergehende Kriminalisierung der Justiz- Teil I“,

die u.a. an sämtliche Abgeordnete des Deutschen Bundestages und die Mitglieder von Präsidium und Vorstand der CDU gesandt wurden.

Wenn Sie dies nicht zur Überprüfung Ihrer Aussagen bewegen kann, dann zeigen Sie, dass auch Sie nicht zu denen gehören „die denken wollen und deshalb für sich selbst urteilen müssen, ...“ (Hannah Arendt), dann kann man wohl auch Sie als dem Beruf verpflichtete Journalistinnen abhaken. Sollte ich mich wider Erwarten täuschen, dann bekommen Sie von mir (uns) alle erdenkliche Hilfe, damit Ihr nächster Artikel zum Thema der gesellschaftlichen Verantwortung einer 4. Gewalt gerecht wird.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Arnd Rüter

(Mitglied der Interessensgemeinschaft der GMG-Geschädigten Direktversicherten)



Header der Digital-Ausgabe:

30. Januar 2019, 18:35 Uhr

Beiträge **Bundesregierung will Betriebsrentner entlasten**

- Seit 2004 zahlen Betriebsrentner die vollen Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge.
- Die Bundesregierung will diese Regelung wieder abschaffen - doch bei der Finanzierung sind sich die zuständigen Minister nicht einig.
- Es geht vor allem darum, ob dafür Steuererhöhungen nötig sind, oder ob andere Finanzierungsmodelle möglich sind.

Kristiana Ludwig

Kristiana Ludwig ist Wirtschaftskorrespondentin **in der Berliner Parlamentsredaktion** und berichtet vor allem über Gesundheits- und Sozialpolitik. Vorher war sie Redakteurin im Spiegel-Hauptstadtbüro und Chefin vom Dienst bei der taz. Sie hat Politik- und Islamwissenschaften studiert.

Header der Print-Ausgabe:

31. Januar 2019, Wirtschaft

Doppelt teuer

Eigentlich wollen CDU-Gesundheitsminister Jens Spahn und SPD-Finanzminister Olaf Scholz dasselbe: **die Betriebsrentner entlasten**. Nur wenn es um die Zahlen geht, zeigen sie auf den jeweils anderen.



(Foto: Daniel Bockwoldt/dpa)

Versicherte protestieren: **Sie fordern, dass sich Betriebsrenten wieder lohnen sollen**.

Von **Kristiana Ludwig und Henrike Roßbach**,

Berlin

Die *Bild*-Schlagzeile ist über 15 Jahre alt, doch der "Renten-Klau", wie das Boulevardblatt damals titelte, ist heute immer noch ein Aufreger: Menschen, die eine Betriebsrente bekommen, zahlen seit 2004 auf diese Einkünfte die vollen Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge, also Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil. Derzeit sind das zusammen 17,15 Prozent, bei Kinderlosen sogar 17,4 Prozent plus Zusatzbeiträge der jeweiligen Krankenkasse. Rund sechs Millionen Betriebsrentner sind betroffen. Bei einigen kommt noch erschwerend hinzu, dass sie ihre betriebliche Altersvorsorge einst aus ihrem Nettoeinkommen angespart haben - also schon einmal die Sozialbeiträge gezahlt haben.

Der volle Beitragssatz, der 2004 über die Betriebsrentner kam, sorgt seither für eine stete Flut an Beschwerdebriefen auf den Schreibtischen der Bundestagsabgeordneten aller Fraktionen. Ausgangspunkt des ganzen Ärgers ist eine Gesetzesänderung, die 2003 von der damaligen Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) ausgehandelt worden war, und die 2004 in Kraft trat. Damals war die gesetzliche Krankenversicherung in Finanznot, und die Verdopplung der Beiträge aller Betriebsrentner sollte diese Not lindern.

Heute will im Prinzip die gesamte Bundesregierung die damalige Regelung am liebsten wieder abschaffen. Die Frage ist nur: Mit welchem Geld?

Die CDU wählte auf ihrem jüngsten Parteitag in Hamburg nicht nur Annegret Kramp-Karrenbauer zu ihrer neuen Chefin, sondern beschloss auch, etwas gegen die sogenannte Doppelverbeitragung der Betriebsrenten zu unternehmen. Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) reagierte nun und legte einen Vorschlag vor, wie man die Abgaben der Betriebsrentner wieder halbieren könnte. 2,5 von drei Milliarden Euro, die diese Maßnahme kosten würde, sollen aus Steuergeldern bezahlt werden, schlägt Spahn vor. Nur 500 Millionen Euro gingen damit zu Lasten der Beitragszahler.

Auch die SPD will betriebliche Vorsorge attraktiver machen

Das sei eine "faire Teilung", sagte er am Mittwoch in Berlin. "Drei Milliarden Euro Beitragsausfälle, darauf habe ich immer hingewiesen, machen etwa 0,2 Beitragspunkte aus." Wenn Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) kein Geld dazu gebe, müssten alle Bürger höhere Kassenbeiträge zahlen, so lautet seine Rechnung. Das aber will Spahn den Beitragszahlern auf keinen Fall zumuten. Für den Gesundheitsminister ist die Entlastung der Betriebsrentner eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die deshalb auch aus Steuermitteln finanziert werden sollte.

Dass die CDU beschlossen hat, den vollen Beitragssatz wieder abzuschaffen, kam eigentlich auch bei der SPD gut an. Bundessozialminister Hubertus Heil (SPD) etwa will als für die Renten zuständiger Minister möglichst viele Hürden aus dem Weg räumen, damit die betriebliche Altersvorsorge attraktiver wird. Und auch Finanzminister Olaf Scholz sei das ein wichtiges Anliegen, sagte ein Sprecher von Scholz am Mittwoch. Es gebe aber bislang nur "erste Überlegungen", die Ressortabstimmung sei offiziell noch gar nicht eingeleitet worden. Grundsätzlich gelte aber, dass für "nicht-prioritäre Projekte" keine zusätzlichen Mittel im Bundeshaushalt vorgesehen seien. "Klar ist deshalb: Jedes neue Vorhaben muss gegenfinanziert sein. Das jeweilige Fachressort hat die Aufgabe, einen entsprechenden Vorschlag für eine solide Gegenfinanzierung zu machen."

SPD-Gesundheitspolitiker Karl Lauterbach bringt es auf eine einfache Formel: Wenn die Betriebsrentner aus dem Steuertopf entlastet würden, müssten auch die Steuern erhöht werden - sonst müsse sich Deutschland weiter verschulden. Er plädiert deshalb dafür, das Geld aus der gesetzlichen Krankenversicherung zu nehmen. Steigende Beiträge für alle, mit denen Spahn droht, gebe es in Wirklichkeit gar nicht, sagt Lauterbach. Spahn könne bloß den Beitragssatz nicht - wie ursprünglich geplant - senken. "Da ist eine Logikspannung", sagt er.

Mehr Betriebsrentner sollen Vorsorgelücken schließen

Im Grunde wünschen sich alle Koalitionäre dringend mehr Betriebsrentner. Denn wenn mehr Rentner neben der gesetzlichen Rente und vielleicht einer Riester-Rente auch noch Alterseinkünfte aus Betriebsrenten haben, lässt sich ein sinkendes Rentenniveau in der gesetzlichen Rente - das zumindest nach 2025 schon aus demografischen Gründen droht - leichter verkraften. Auf die Betriebsrente setzte schon Heils Vorgängerin im Sozialministerium, die heutige SPD- und Fraktionsvorsitzende Andrea Nahles. Sie hatte das "Betriebsrentenstärkungsgesetz" auf den Weg gebracht, das Anfang vergangenen Jahres in Kraft trat. Unter anderem können Arbeitgeber sich nun an Betriebsrenten beteiligen, für deren Auszahlungshöhe sie keine Garantie übernehmen müssen.

Auch die steuerlichen Anreize für eine betriebliche Altersvorsorge wurden verbessert, ebenso die Förderung von Betriebsrenten für Geringverdiener. Über die Wirkung aber könne man derzeit noch nichts sagen, teilte das Ministerium am Mittwoch mit.

Die Doppelverbeitragung sei von Anfang an zum Scheitern verurteilt gewesen, sagte die FDP-Gesundheitspolitikerin Christine Aschenberg-Dugnus angesichts der Debatte innerhalb der Bundesregierung: "Nach 16 Jahren wacht die Bundesregierung nun endlich auf und will unseren Vorschlag zur Halbierung der Versorgungsbezüge jetzt umsetzen." Versicherte müssten sich darauf verlassen können, dass sich private Altersvorsorge lohnt und diese im Nachhinein nicht gekürzt werde.

Matthias Birkwald, rentenpolitischer Sprecher der Linken-Bundestagsfraktion, nannte die geplante Halbierung des Beitragssatzes einen wichtigen ersten Erfolg. "Dieser Erfolg darf jetzt nicht zwischen Gesundheits- und Finanzministerium aufgerieben werden", forderte er. "Jens Spahn und Olaf Scholz sind aufgefordert, den größten Rentenklau in der Geschichte der Bundesrepublik sofort zu beenden. Die Zeit der roten Zahlen für die Krankenkassen ist längst vorbei."

Von: arnd_rueter [arnd_rueter@web.de] Gesendet: Fr 01.02.2019 10:58
An: 'kristiana.ludwig@sueddeutsche.de'; 'henrike.rossbach@sueddeutsche.de'
Cc:
Betreff: WG: Die GMG-Gesetzgebung eine Serie von Verfassungsbrüchen

Nachricht

- Die GMG-Gesetzgebung eine Serie von Verfassungsbrüchen.pdf
- Anlage V3.a_20160831 Ulla Schmidt (MdB)_Brandbrief Direktversicherung.pdf
- Anlage V3.b_20160502 Email Nina Scheer MdB mit Stellungnahme Ulla Schmidt an R Günther (GMG Geschädigte...

Betrifft: Entschiedener Protest gegen Ihre Veröffentlichung „Doppelt teuer“ bzw. „Bundesregierung will Betriebsrentner entlasten“

Sehr geehrte Frauen Kristiana Ludwig und Henrike Rossbach,
...

Ich sende Ihnen parallel zwei Emails inkl. der notwendigen Anlagen

- **„Die GMG-Gesetzgebung eine Serie von Verfassungsbrüchen“**
- „Die mit dem GMG einhergehende Kriminalisierung der Justiz- Teil I“,

die u.a. an sämtliche Abgeordnete des Deutschen Bundestages und die Mitglieder von Präsidium und Vorstand der CDU gesandt wurden.

mfG Dr. Amd Rüter

angehängt [\[IG_K-PL_126\]](#) und der zugehörigen Anlagen

Von: arnd_rueter [arnd_rueter@web.de] Gesendet: Fr 01.02.2019 11:02
An: 'kristiana.ludwig@sueddeutsche.de'; 'henrike.rossbach@sueddeutsche.de'
Cc:
Betreff: WG: Die mit dem GMG einhergehende Kriminalisierung der Justiz - Teil I

Nachricht

- Die mit dem GMG einhergehende Kriminalisierung der Justiz- Teil I.pdf
- Anlage K12.a_20020321 Krankenversicherung und Pflegeversicherung der Rentner_GKV.pdf
- Anlage V6_20040127_BMG Parl. Staatssekretärin Caspers-Merk an Ausschuss f Gesundheit u Soziale Sicherung.pdf

Betrifft: Entschiedener Protest gegen Ihre Veröffentlichung „Doppelt teuer“ bzw. „Bundesregierung will Betriebsrentner entlasten“

Sehr geehrte Frauen Kristiana Ludwig und Henrike Rossbach,
...

Ich sende Ihnen parallel zwei Emails inkl. der notwendigen Anlagen

- „Die GMG-Gesetzgebung eine Serie von Verfassungsbrüchen“
- **„Die mit dem GMG einhergehende Kriminalisierung der Justiz- Teil I“**

die u.a. an sämtliche Abgeordnete des Deutschen Bundestages und die Mitglieder von Präsidium und Vorstand der CDU gesandt wurden.

mfG Dr. Amd Rüter

angehängt [\[IG_K-PL_127\]](#) und der zugehörigen Anlagen